

Talabani und Barzani unter Druck

In Irakisch-Kurdistan fordert die Goran-Bewegung die etablierten Parteien heraus

Guido Steinberg

Im März 2010 finden im Irak Parlamentswahlen statt. Angesichts des im Frühjahr beginnenden amerikanischen Truppenabzugs werden damit wichtige Weichen gestellt. Vorrangig geht es darum, ob sich die Befürworter eines starken Zentralstaats oder die Anhänger von Föderalismusmodellen durchsetzen werden. Das Ergebnis könnte vor allem das prekäre Machtgleichgewicht zwischen der Regierung in Bagdad und der Kurdenregion im Norden mit ihrer Hauptstadt Arbil beeinflussen. Die Kurdenparteien KDP und PUK mit ihren Führern Massud Barzani und Jalal Talabani hoffen, gestärkt aus den Wahlen hervorzugehen, um anschließend die Kurdenregion territorial »abrunden« zu können. Vor allem möchten sie die Kontrolle über die Stadt Kirkuk und ihr Ölfeld erlangen. Die Auseinandersetzungen zwischen Bagdad und Arbil über diese Fragen haben sich in den letzten Jahren verschärft. Eine militärische Eskalation ist nicht mehr ausgeschlossen. In dieser spannungsgeladenen Situation müssen sich KDP und PUK neuer Konkurrenz in der Kurdenregion stellen: Die Bewegung Goran (dt. Wandel) könnte die etablierten Parteien bei den Parlamentswahlen viele Stimmen kosten.

Die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) gehören seit 2003 zu den wichtigsten politischen Akteuren des neuen Irak. Sie sind in der Zentralregierung in Bagdad stark vertreten und konnten die gemeinsame Kontrolle über die autonome Kurdenregion im Norden ausbauen. KDP und PUK haben maßgeblich dafür gesorgt, dass der Föderalismus als politisches Ordnungsprinzip des neuen Irak in die Verfassung von 2005 aufgenommen wurde. Dennoch streben sie in erster Linie eine machtpolitisch motivierte Autonomie an, die Irakisch-Kurdistan von Bagdad so unabhängig wie möglich macht.

Seit 2007/2008 aber erstarben die nationalistischen Gegenkräfte in Bagdad. Unter Führung des Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki bemüht sich die Regierung, die zentralstaatliche Kontrolle in allen Landesteilen auszuweiten. Insbesondere in den zwischen Arbil und Bagdad »umstrittenen Gebieten« prallen die gegensätzlichen politischen Ordnungsvorstellungen aufeinander. In diesem Streifen entlang der Grenze der Kurdenregion leben viele Kurden, aber auch Araber, Turkmenen und Angehörige kleinerer Volksgruppen. Die Kurden beanspruchen diese Gebiete und vor allem die Stadt Kirkuk und ihr Ölfeld für sich.

Die Zentralregierung lehnt diese Ansprüche ab. Da sich beide Seiten wenig kompromissbereit zeigen, droht im schlimmsten Fall eine gewalttätige Eskalation des Konflikts.

Bisher haben die Einheitsparteien KDP und PUK in der Kurdenregion ein faktisches Duopol auf die Macht. Andere Parteien werden zwar im Parlament geduldet, haben aber keinen Einfluss auf die Politik der Kurdenregierung. Die KDP herrscht in den Provinzen Dohuk und Arbil, während die PUK Provinz und Stadt Sulaimaniya kontrolliert. Dort treten nun die ersten Risse im Herrschaftsgefüge der bisher dominierenden Parteien auf.

Goran – ein neuer Akteur im kurdischen Parteienspektrum

Ende Oktober 2009 veranstaltete die PUK einen außerordentlichen Parteitag. Anlass war die schwere Krise, die die Partei des irakischen Präsidenten Jalal Talabani seit den Wahlen zum Parlament der Kurdenregion im Juli 2009 durchmacht. Bei den Wahlen hatte Goran 25 der 111 Sitze errungen und die PUK sogar in deren Hochburg Sulaimaniya geschlagen. Insbesondere Gorans Forderung nach einem Ende der im Kurdengebiet grassierenden Korruption scheint viele Wähler bewogen zu haben, der neuen Organisation ihre Stimme zu geben.

Goran spaltete sich im Dezember 2006 von der PUK ab und wird von Naushirwan Mustafa (geb. 1944) geführt, einem der prominentesten Politiker Irakisch-Kurdistans. Von 1975 bis 2006 war er Talabanis Stellvertreter in der PUK; in den 1980er Jahren führte er deren militärische Einheiten in den Bergen Irakisch-Kurdistans. Bis heute ist er auch innerhalb der PUK enorm populär.

Mustafa sagte sich von der PUK los, weil seine Forderungen nach Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Reformen missachtet worden seien. In Sulaimaniya und Arbil tobt nun eine erbitterte Debatte über Mustafas und Gorans Motive. Seine Gegner

führen ins Feld, die Abspaltung sei sehr spät gekommen. Wenn es Mustafa tatsächlich um Reformen ginge, so die Kritiker, hätte er sie schon seit 1991 verlangen können, als sich die kurdische Autonomiezone in ihrer heutigen Form herausbildete. Der Wunsch nach Veränderungen sei nur vorgeschoben, vielmehr handele es sich um einen Machtkampf zwischen Angehörigen der ehemaligen PUK-Spitze.

Die Führer von Goran dagegen betonen, sie hätten sich bereits seit 1991 für Reformen stark gemacht, aber immer wieder mit dem Hinweis auf die bedrohliche Situation für die Kurden beschwichtigen lassen. Selbst nach dem Sturz Saddam Husseins und der Verabschiedung der neuen irakischen Verfassung 2005 habe sich die PUK-Führung noch gegen internen Wandel gesträubt. Daraufhin hätten Mustafa und zahlreiche seiner Gefolgsleute mit der PUK gebrochen.

Die Argumentation der Goran-Führung ist durchaus schlüssig, insbesondere wenn man bedenkt, dass Mustafa und seiner Nummer zwei, Mohammed Tawfiq, sogar von vielen Gegnern bescheinigt wird, sie seien integer und hätten keinen Anteil an der grassierenden Korruption in der PUK-Führung gehabt. Seit Ende 2006 konnten sie deshalb viele mit der Regierungsführung der PUK Unzufriedene auf ihre Seite ziehen. Dennoch entspringt die Abspaltung von Goran auch einem Machtkampf in der PUK. So bezeichnen Mustafa und seine Anhänger sich als die wahre PUK. Talabani, so der Goran-Führer im Gespräch mit dem Autor, habe sich vor 1991 meist im sicheren Ausland aufgehalten, während er selbst die Kämpfer der PUK in den Bergen befehligt habe. Vermutlich sieht sich Mustafa als möglichen Nachfolger Talabanis.

PUK und KDP in der Defensive

Die Verluste bei den Wahlen führten im Sommer 2009 zunächst zu einer politischen Schockstarre in der PUK. Erst Ende Oktober gingen Talabani und seine verbliebene Gefolgschaft auf der Versammlung in

Sulaimaniya zum Gegenangriff über. In seiner Parteitagsrede attackierte Talabani seinen alten Kampfgefährten Mustafa heftig und soll ihm unter anderem eine Mitschuld am Massaker in Halabja 1988 zugeschrieben haben. Mustafa habe damals entgegen einem Beschluss der PUK iranische Truppen in die Stadt geführt und damit Saddam Hussein zum Gegenschlag mit Chemiewaffen provoziert. Außerdem warf Talabani Mustafa fehlenden Patriotismus vor. Die Politik Gorans sei gegen das kurdische Föderalismuskonzept für den Irak gerichtet und die Bewegung habe kein Interesse daran, die Stadt Kirkuk in die Kurdenregion zu integrieren. Parallel schloss der Parteitag die Goran-Führung endgültig aus der PUK aus. Einfachen Mitgliedern jedoch solle auch fortan die Rückkehr möglich sein.

Darüber hinaus kündigte die PUK Reformen an: Wichtigste Maßnahme war die Gründung einer Kommission, die künftig Korruptionsfälle in der Partei und der Provinz Sulaimaniya untersuchen soll. Damit nimmt die PUK ein für den Erfolg von Goran wichtiges Thema auf. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass diese Schritte die Attraktivität der Oppositionsbewegung deutlich mindern werden. Notwendig wäre vielmehr eine weitgehende Trennung von Staat und Partei, wie von Goran immer wieder gefordert.

Die PUK scheint auch deshalb mit weiterreichenden Maßnahmen zu warten, weil die Konkurrenten um die Nachfolge Talabanis bereits seit Monaten versuchen, sich in Position zu bringen. Der Parteichef (geb. 1933) hat Herzprobleme; in Sulaimaniya wird jederzeit mit seinem Ableben gerechnet. Folgerichtig werden seit einiger Zeit Szenarien diskutiert, wer Talabani politisch beerben könnte. So wäre es denkbar, dass Mustafa die Führung der PUK übernimmt. Dafür spricht, dass viele PUK-Mitglieder ihn sehr schätzen. Wie eine solche Machtübernahme »von außen« vonstatten gehen könnte, bleibt jedoch unklar.

Die wichtigsten Anwärter innerhalb der PUK sind Talabanis Stellvertreter Khosrat

Rasul (geb. 1952) und die Nummer drei, Barham Salih (geb. 1960). Beide verfügen nicht annähernd über Mustafas Charisma, Rasul jedoch über eine starke Position in der Partei. Aufgrund der Folgen einer schweren Kriegsverletzung gibt es allerdings Zweifel an seiner Tauglichkeit. Salih ist seit Oktober 2009 Ministerpräsident der Kurdenregion, besitzt aber keine Hausmacht innerhalb der PUK. Damit bleibt die Situation in der Schwebe.

Die KDP verfolgt die Entwicklung in Sulaimaniya und den Aufstieg Gorans mit Sorge. Obwohl Goran in den von ihr kontrollierten Provinzen Dohuk und Arbil bislang nur schwach vertreten ist, fürchtet sie, dass ihre Einparteienherrschaft unter Druck geraten könnte. Dies zeigte sich bereits während des Wahlkampfes im Sommer 2009, als die KDP die Goran-Vertreter in Dohuk und Arbil massiv behinderte. Seit Juli versucht sie, die PUK trotz ihrer Wahlverluste zu stützen. So beteiligte die KDP die Talabani-Partei als gleichberechtigten Partner an der neuen kurdischen Regierung und akzeptierte mit Salih einen PUK-Politiker als kurdischen Regierungschef. Der kurdische Präsident und KDP-Führer Massud Barzani scheint entschlossen, die Zusammenarbeit mit der PUK fortzusetzen und zumindest in der kurdischen Innenpolitik so wie Talabani auf Konfrontation mit Goran zu setzen.

Die künftige Entwicklung hängt vor allem von der Lage in Sulaimaniya nach einem möglichen Tod Talabanis ab. Sollten Rasul und Salih sich durchsetzen, wäre für Kontinuität auch im Verhältnis zur KDP gesorgt. Gewinne hingegen Mustafa wiederum an Einfluss in der PUK, wären Konflikte mit der KDP wahrscheinlich. Für die kurdische Position in Bagdad könnte dies verheerende Folgen haben.

Schwächung der kurdischen Position

Die kommenden Wahlen sind für die Kurden besonders wichtig, weil KDP und PUK 2010 als entscheidendes Jahr ansehen: Die

Kurdenregierung will vor dem Abzug der Amerikaner ihre Kontrolle über Kirkuk und die umstrittenen Gebiete sichern. Dafür müssten KDP und PUK aber ein starkes Wahlergebnis erreichen, was es ihnen erleichtern könnte, eine Neuauflage der Regierung Maliki zu verhindern. Sie würden eine Regierung bevorzugen, in der der schiitische Irakische Islamische Hohe Rat ihr wichtigster Partner ist. Dessen Führer Ammar al-Hakim steht dem Föderalismusmodell der Kurden weitaus aufgeschlossener gegenüber als Maliki und seine Daawa-Partei.

Der kurdische Stimmenanteil dürfte bei den kommenden Wahlen stabil bleiben. (Im irakischen Parlament stellen KDP und PUK bisher 75 der 275 Abgeordneten.) Er wird sich aber auf mehr Parteien verteilen, da es drei kurdische Listen gibt: erstens die gemeinsame Liste von KDP und PUK, zweitens Goran und drittens eine von der Islamischen Union Kurdistans dominierte islamistische Liste. Ob Goran ihren Wahlerfolg vom Juli 2009 wiederholen kann, ist ungewiss. Dagegen spricht, dass viele kurdische Wähler in Bagdad möglichst von den etablierten Parteien vertreten werden wollen, weil sie die Folgen einer Fragmentierung der kurdischen Parteien für ihre Anliegen fürchten. Viele, die in Kurdistan aus Protest Goran gewählt haben, werden sich in den nationalen Parlamentswahlen möglicherweise wieder für KDP und PUK entscheiden. Für einen Erfolg Gorans spricht hingegen, dass auch diejenigen Kurden wählen können, die in den außerhalb der Kurdenregion gelegenen »umstrittenen Gebieten« einschließlich Kirkuks leben. In einigen dieser Gebiete herrscht große Unzufriedenheit mit der Misswirtschaft von KDP und PUK. Davon könnte Goran profitieren.

Da die Bewegung ohne Zweifel ins Parlament einziehen wird, zeichnet sich bereits ab, dass es für die Kurden schwieriger werden dürfte, in Bagdad gemeinsame Positionen zu entwickeln und erfolgreich durchzusetzen. In den »nationalen Fragen« (Zukunft der umstrittenen Gebiete ein-

schließlich Kirkuks, Unabhängigkeit der kurdischen Sicherheitskräfte und Kontrolle über die Energieressourcen des Kurdengebietes) wird Goran die unnachgiebige Linie von KDP und PUK zumindest nach außen hin wohl übernehmen. Keine kurdische Partei kann es sich erlauben, in diesen Fragen als unpatriotisch zu gelten. Mustafa betont denn auch immer wieder, diesbezüglich sei er mit KDP und PUK einig und habe entsprechende Absprachen mit Talabani und Barzani getroffen.

Dennoch ist der kurdische Nationalismus bei Goran weitaus schwächer ausgeprägt als bei ihren großen Widersachern. Häufig betonen Goran-Vertreter, die Demokratisierung des Irak sei ihnen wichtiger als die Übernahme von Territorium. Überdies werfen sie PUK und KDP vor, nicht ernsthaft an Kirkuk interessiert zu sein und das Thema zu missbrauchen, um die eigene Position zu stärken. Die teils heftigen Kontroversen der kurdischen Parteien in dieser Frage dürften es den Kurden künftig erschweren, in Bagdad geschlossen aufzutreten.

Ausblick

Es ist nicht zu erwarten, dass die Kurden ihre Ziele in Verhandlungen zur Kirkuk-Frage erreichen werden. Ihre Position wird nach den Wahlen wahrscheinlich schwächer sein als heute. Da aber auch die neue Regierung in Bagdad nicht in der Lage sein wird, sich (politisch oder militärisch) durchzusetzen, wird das Problem weiterhin ungelöst bleiben. Damit steigen die Eskalationsrisiken, insbesondere angesichts des amerikanischen Truppenrückzugs. Die Konflikte über die Zukunft der umstrittenen Gebiete dürften sich im Jahr 2010 verschärfen und die irakische Politik auf Jahre hin beschäftigen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364